



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Sozialausschuss

Es informiert Sie:	Ulrike Gansauer
Telefon:	02104/99-2113
Fax:	02104/99-5103
E-Mail:	ulrike.gansauer@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 08.12.2009

Niederschrift

zur Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin Donnerstag, den 26.11.2009, 16:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Michael Pätzold

Mitglieder

Wolfgang Diedrich

Bernd Falkenau

Inge Ganteführ

Andreas Kanschat

Dr. Uwe Koppe

Wilma Langer

Gertrud Laßmann

David A. Lungen

Ulrike Mannheim

Reinhard Ockel

Meinolf Oexmann

Renate Petschull

Sybille Schettgen

Stephan Schnitzler

Elke Thiele

Christine Trube

Annegret Verbeek

Verwaltung

Michael Beitelmann

Ulrike Gansauer

Claudia Haider

Birgit Jommersbach

Rainer Krause
Klaus Przybilla
Martin M. Richter
Frank Schäfer
Christian Schölzel
Manfred Vollmer

Gäste

Christa Rudolph
Hedy Scholz
Anne Sprenger

(bis 17.00 Uhr)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Verpflichtung von Ausschussmitgliedern, die nicht Kreistagsmitglieder sind 50/026/2009
3. Bestellung eines Schriftführers / einer Schriftführerin für den Sozialausschuss 50/027/2009
4. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses am 20.08.2009 50/028/2009
5. Einführung in die Aufgaben des Sozialausschusses 50/029/2009
6. Informationen der Verwaltung
7. Jobperspektive nach § 16 e SGB II 50/031/2009
- Übernahme von Personalkostenanteilen für Einstellungen bei Trägern der freien Wohlfahrtspflege
8. Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH 50/032/2009
- aktuelle Entwicklung / Auflösung
9. Informationen aus der ARGE ME-aktiv 50/030/2009
10. Pflegestützpunkte im Kreis Mettmann -aktueller Stand- 50/038/2009
11. 3. Kreisentwicklungsbericht 50/035/2009

12. Projekt "Gemeinwesenarbeit und Integration Ratingen West" - Sachstandsbericht 50/034/2009
13. Bedarfsgerechte Bereitstellung von Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen in allen kreisangehörigen Städten 50/037/2009
14. Jungenförderung im Kreis Mettmann 50/033/2009
15. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

16. Informationen der Verwaltung
17. Informationen aus der ARGE ME-aktiv
18. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende, Herr Pätzold, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere die neuen Mitglieder, die Stellvertreterinnen und Stellvertreter der sozial erfahrenen Bürger und Einwohner im Sozialausschuss sowie die Besucher. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Ockel beantragt, die Tagesordnungspunkte 13 „Jobperspektive nach § 16 e SGB II“ und 14 „Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH“ nach TOP 6 „Informationen der Verwaltung“ zu behandeln.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung wird so festgestellt.

Als Berichterstatter für den Kreistag zu dem Tagesordnungspunkt 13 „Jobperspektive nach § 16 e SGB II“ wird Frau Lassmann, zu dem Tagesordnungspunkt 14 „Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH“ wird Herr Ockel benannt.

Zu Punkt 2: Verpflichtung von Ausschussmitgliedern, die nicht Kreistagsmitglieder sind - Vorlage Nr. 50/026/2009
--

Der Vorsitzende, Herr Pätzold, führt die Ausschussmitglieder, die nicht Kreistagsabgeordnete sind:

Andreas Kanschat	als sachkundigen Bürger,
Wilma Langer	als sachkundige Bürgerin,
Meinolf Oexmann	als sachkundigen Bürger,
Annegret Verbeek	als sachkundige Einwohnerin,

als Vertreter:

Renate Petschull	als sachkundige Bürgerin,
------------------	---------------------------

Christa Rudolph
Hedy Scholz
Anne Sprenger

als sachkundige Bürgerin,
als sachkundige Bürgerin und
als sachkundige Einwohnerin

in den Sozialausschuss ein und verpflichtet sie in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Es fehlen Herr Kaiser, Frau Hustädt, Frau Junga und Frau Sevens.

Zu Punkt 3:	Bestellung eines Schriftführers / einer Schriftführerin für den Sozialausschuss - Vorlage Nr. 50/027/2009
--------------------	--

Gemäß Verwaltungsvorschlag werden zur Schriftführerin für den Sozialausschuss für die Dauer der gegenwärtigen Wahlperiode Frau Anke Rodewald und als deren Vertreterin Frau Ulrike Gansauer einstimmig bestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss bestellt für die Dauer der Wahlperiode 2009 – 2014 Frau Anke Rodewald zur Schriftführerin und Frau Ulrike Gansauer zur stellvertretenden Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 4:	Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses am 20.08.2009 - Vorlage Nr. 50/028/2009
--------------------	---

Der Sozialausschuss nimmt die Niederschrift über die Sitzung vom 20.08.2009 zur Kenntnis

Zu Punkt 5:	Einführung in die Aufgaben des Sozialausschusses - Vorlage Nr. 50/029/2009
--------------------	---

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass in dieser Informationsvorlage – vor allem für die neuen Mitglieder - die Schwerpunkte des bisherigen Sozialausschusses und die Aufgaben des Sozialamtes sowie des Versorgungsamtes des Kreises dargestellt wurden.

Die berichtigte Anlage 1 – Organigramm des Kreis-Sozialamtes - wird an die Anwesenden verteilt.

Herr Kreisdirektor Richter informiert, dass auch im kommenden Jahr aktuell und laufend über die Neuorganisation des SGB II und der ARGE informiert werden wird.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 6:	Informationen der Verwaltung
--------------------	-------------------------------------

- Neuorganisation SGB II

Herr Kreisdirektor Richter erläutert die Entwicklungen, die zu der aktuellen Neuorganisation des SGB II und der Auflösung der ARGE in der jetzigen Form geführt haben.

Zurzeit ist aufgrund der Aussagen im Koalitionsvertrag die getrennte Aufgabenwahrnehmung im SGB II vorgesehen. Hierzu sollen noch vor dem Jahresende durch die Bundesagentur für Arbeit den Kommunen Angebote sowohl im operativen als auch im strategischen Bereich gemacht werden.

Das sog. Eckpunktepapier, das zur Umsetzung der Verabredungen im Koalitionsvertrag durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales erarbeitet wurde, wird am 27.11.09 offiziell den

Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden übergeben. Bis zum 17.12.09 soll hierzu eine Einigung erzielt werden, damit anschließend das Gesetzgebungsverfahren bis ca. Mai 2010 abgeschlossen werden kann.

Die Ausweitung der Organisationsform „Option“, also die alleinige kommunale Zuständigkeit im SGB II, wird zwar u.a. vom Kreis Mettmann präferiert, ist aber zurzeit in der Koalitionsvereinbarung nicht vorgesehen.

- Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung im SGB II

Die Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung im SGB II wurde auch für das Jahr 2010 durch die Bundesregierung weiter abgesenkt.

Der Bundesrat fordert jedoch nunmehr eine Modifizierung der Anpassungsformel und steht somit auf Seiten der Kommunen. Anstelle der Zahl der Bedarfsgemeinschaften soll die Ausgabenentwicklung für Unterkunft und Heizung als Maßstab zugrunde gelegt werden.

Die Bundesregierung lehnt bislang diese Forderung ab; der Widerstand der Länder wächst aber.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 7: **Jobperspektive nach § 16 e SGB II**
 - **Übernahme von Personalkostenanteilen für Einstellungen bei Trägern der freien Wohlfahrtspflege**
 - **Vorlage Nr. 50/031/2009**

Herr Kreisdirektor Richter erläutert nochmals kurz die Gründe für den Vorschlag der Verwaltung, weist aber auch darauf hin, dass im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung zurzeit keine freiwilligen Ausgaben geleistet werden dürfen. Die Haushaltsberatungen finden erst in der Kreistagsitzung im April 2010 statt. Ob sich wegen der positiven finanziellen Auswirkungen der Maßnahmen eine andere Betrachtung ergibt, wird zurzeit verwaltungsintern geprüft.

Die Fraktionen begrüßen durchweg das Vorhaben der Verwaltung, durch eine Anschubfinanzierung bei den Trägern der Wohlfahrtspflege, die Stellen nach § 16 e einrichten, sowohl finanziell für den Kreishaushalt, vor allem aber für die Betroffenen, positive Auswirkungen zu erzielen.

Aufgrund einer Frage von Frau Mannheim erläutert Herr Kreisdirektor Richter die Inhalte und Ziele der Jobperspektive-Maßnahmen nach § 16 e SGB II und bestätigt, dass diese Anschubfinanzierung nicht nur für das Sozialkaufhaus Mettmann der Diakonie gilt, sondern für alle Verbände im Kreis, die im Jahr 2010 Jobperspektive-Stellen einrichten und hierdurch die Betroffenen aus dem SGB II-Bezug herausfallen.

Beschlussvorschlag:

Im Jahr 2010 wird für Stellen „Jobperspektive nach § 16 e SGB II“ der ARGE ME-aktiv bei Trägern der freien Wohlfahrtspflege im Kreis Mettmann ein Betrag in Höhe von bis zu 35.112 € als freiwillige Leistung des Kreises zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8: **Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH**
 - **aktuelle Entwicklung / Auflösung**
 - **Vorlage Nr. 50/032/2009**

Für die CDU-Fraktion gibt Herr Ockel die Zustimmung zur Auflösung. Dies sei zwar eine schwerwiegende Entscheidung, aber aufgrund der hohen Fehlbeträge, der wegbrechenden Aufträge und des dringenden finanziellen Handlungsbedarfes sei keine andere Entscheidung

möglich. Er betont, dass die Beschäftigungsgesellschaft viele Jahre lang eine gute Arbeit geleistet habe.

Wichtig sei, dass möglichst alle Beschäftigten der Gesellschaft weiterbeschäftigt werden. Dies sei Verpflichtung aller Gesellschafter, vor allem aber des Kreises als Hauptgesellschafter.

Herr Schnitzler sieht in der jetzigen Form der Beschäftigungsgesellschaft auch keine Zukunftsperspektive mehr, möchte jedoch in seiner Fraktion noch die Möglichkeit einer Weiterführung der Beschäftigungsgesellschaft mit neuer Aufstellung – Zielgruppen z. B. Jugendliche, Schulabgänger, SGB XII-Kunden - diskutieren und intensiv prüfen. Unstrittig sei die schwierige Kostensituation für den Kreis.

Er beantragt daher, heute keinen Beschluss im Sozialausschuss zu treffen, sondern die Abstimmung in den Kreisausschuss am 17.12.2009 zu verschieben.

Er weist eindringlich darauf hin, dass für die Beschäftigten eine sozialverträgliche Lösung zu finden sei. Sowohl der Kreis als auch die anderen Gesellschafter hätten eine Verpflichtung, akzeptable Lösungen zu finden.

Herr Kreisdirektor Richter betont, dass dies auch für den Kreis eine schwierige Entscheidung sei. Diese Entscheidung sei zwar bedauerlich, aber die richtige. Zu einer neuen Aufstellung der Beschäftigungsgesellschaft seien auch beim Kreis bereits intensive Überlegungen angestellt worden, die aber durch die aktuell negative Entwicklung „überholt“ worden seien.

Zur Koordinierung der komplexen Terminplanungen, Abläufe und Umsetzungen zur Auflösung sei beim Kreis bereits eine Arbeitsgruppe „Auflösung der Beschäftigungsgesellschaft“ ins Leben gerufen worden.

Zur Terminplanung erläutert Herr Kreisdirektor Richter, dass die Entscheidung über die Auflösung in der Gesellschafterversammlung der Beschäftigungsgesellschaft zu treffen sei. Voraussetzung hierfür seien die Entscheidungen der Räte der Städte Erkrath, Monheim am Rhein, Heiligenhaus und Ratingen, die ebenfalls Gesellschafter sind, sowie der Stadt Mettmann, sofern sie dann noch Gesellschafterin ist.

Der Kreistag wird in seiner Sitzung am 14.01.2010 entscheiden. Die Sozialdezernenten der anderen beteiligten Städte wurden bereits darüber informiert, dass die Ratsentscheidungen ebenfalls sehr zeitnah erfolgen müssen.

Zur Vermeidung von betriebsbedingten Kündigungen der Beschäftigten der Beschäftigungsgesellschaft wurde der Kreis bereits tätig; die drei Kreisbeschäftigten werden wieder zurückkehren, von den 13 weiteren Beschäftigten steht bei vier eine Weiterbeschäftigung bereits fest; weitere Beschäftigte sind im Gespräch mit dem hiesigen Personalamt. Herr Kreisdirektor Richter zeigt sich optimistisch, dass auch für die weiteren Beschäftigten eine sozialverträgliche Lösung gefunden werden kann.

Der Kreis sieht sich selbstverständlich in der Pflicht, hierfür Sorge zu tragen.

Auch die anderen Fraktionen schließen sich den Ausführungen der SPD-Fraktion inhaltlich an. Herr Kanschat bittet um Mitteilung des Zeitplanes, der von der Verwaltung für die Auflösung vorgesehen ist. Herr Schnitzler und Herr Oexmann bitten, bis zur Kreisausschuss-Sitzung zu prüfen, ob es noch zukunftsfähige Maßnahmen der Beschäftigungsgesellschaft geben kann und – soweit möglich – weitere Zahlen vorzulegen. Herr Kreisdirektor Richter sagt zu, entsprechende Unterlagen für die nächste Kreisausschuss-Sitzung vorzubereiten.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag der SPD-Fraktion, keinen Beschluss im Sozialausschuss zu treffen, sondern die Abstimmung in den Kreisausschuss am 17.12.2009 zu verschieben, abstimmen.

Die weitere Beratung wird einstimmig ohne Beschlussempfehlung in den Kreisausschuss am 17.12.2009 verwiesen.

Zu Punkt 9:	Informationen aus der ARGE ME-aktiv - Vorlage Nr. 50/030/2009
--------------------	--

Der Vorsitzende weist zunächst darauf hin, dass das Entscheidungsgremium für ARGE-Angelegenheiten die Trägerversammlung sei. Im Sozialausschuss informiert der Geschäftsführer über aktuelle ARGE-Angelegenheiten.

Herr Przybilla führt zur aktuellen Lage aus:

Die ARGE ME-aktiv sei weiterhin „auf Kurs“. Die Vorgaben der Bundesagentur werden eingehalten. Die sich zurzeit abzeichnende Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften sei nicht so hoch wie zu Beginn des Jahres von der BA befürchtet. Die weitere Entwicklung sei aber noch abzuwarten.

Für das Jahr 2010 muss aber im Bereich der ARGE ME-aktiv aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung von einer Steigerung der Bedarfsgemeinschaften von ca. 10 % ausgegangen werden.

Herr Przybilla verweist auf die der Vorlage beigelegte Powerpointpräsentation, aus der der aktuelle Leistungsstand der ARGE November 2009 hervorgeht.

Zur tiefer gehenden Information weist der Geschäftsführer darauf hin, dass auf der Homepage der ARGE der Textteil des Jahresprogramms „Arbeitsmarktpolitik 2010“ sowie der Koalitionsvertrag veröffentlicht sind. Diese Informationen sind im Pressebereich unter „Zahlen, Fakten“ eingestellt und können über die folgenden Links abgerufen werden:

http://www.arge-mettmann-aktiv.de/index.php?cm_id=zahlen&id=12

http://www.arge-mettmann-aktiv.de/index.php?cm_id=zahlen&id=13

Als weitere Erläuterung zum Thema Jobperspektive und zur Vorlage Nr. 50/031/2009 ist der Niederschrift eine Powerpoint-Präsentation zu § 16 e SGB II beigelegt (Anlage 1).

Herr Przybilla beantwortet Fragen aus den Reihen des Sozialausschusses.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Geschäftsführung der ARGE ME-aktiv zur Kenntnis.

Zu Punkt 10:	Pflegestützpunkte im Kreis Mettmann -aktueller Stand- - Vorlage Nr. 50/038/2009
---------------------	--

Herr Kreisdirektor Richter erläutert kurz den ersten Vertragsentwurf, welcher aufgrund des Mustervertrages von der Pflegekasse der AOK Rheinland-Hamburg erstellt wurde.

Weitere Gespräche mit der AOK haben stattgefunden; sobald eine Rückmeldung aus dem zuständigen Ministerium vorliegt, wird erneut informiert. Anpassungen der Vereinbarung werden dem Sozialausschuss vorgestellt.

Herr Schnitzler rät dazu, neue mit alten Angeboten zu vernetzen.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Zu Punkt 11:	3. Kreisentwicklungsbericht - Vorlage Nr. 50/035/2009
---------------------	--

Herr Schnitzler beantragt für seine Fraktion, das Thema in eine der nächsten Sozialausschuss-Sitzungen zu vertagen, da eine umfangreiche Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt sinnvoll erscheint. Damit der Kreis seiner Ausgleichsfunktion nachkommen kann, wird die Verwaltung gebeten, mit den vorhandenen Kennzahlen eine Vergleichbarkeit der Städte zu entwickeln. Die Unterschiede und mögliche Gefälle sollen dargestellt werden. Erst dann könne man sich über die Ziele eines solchen Berichtes („wo wollen wir hin?“) verständigen.

Herr Kreisdirektor Richter führt aus, dass einiges bereits stadtscharf aufgearbeitet ist. Er gibt zu bedenken, dass für solche Ausarbeitungen auch personelle Ressourcen vorgehalten werden müssen und schlägt vor, das Thema in der Sozialausschuss-Sitzung im Mai 2010 zu behandeln, da in der ersten Sitzung in 2010 der umfangreiche Haushalt zu beraten ist.

Die anderen Fraktionen erklären sich hiermit einverstanden. Es wird gebeten, die vorhandenen Daten, soweit möglich, in einer stadtscharfen Darstellung abzubilden

Herr Kreisdirektor Richter sagt dies zu. Er verweist ferner darauf, dass auf der Homepage des Kreises der gesamte Kreisentwicklungsbericht mit stadtscharfen Informationen veröffentlicht ist.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag der SPD-Fraktion, die Beratung zu diesem Punkt in den Sozialausschuss am 17.05.2010 zu vertagen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Die weitere Beratung wird einstimmig in den Sozialausschuss am 17.05.2010 vertagt.

Zu Punkt 12:	Projekt "Gemeinwesenarbeit und Integration Ratingen West" - Sachstandsbericht - Vorlage Nr. 50/034/2009
---------------------	--

Ohne weitere Diskussion nimmt der Sozialausschuss die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 13:	Bedarfsgerechte Bereitstellung von Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen in allen kreisangehörigen Städten - Vorlage Nr. 50/037/2009
---------------------	--

Herr Kreisdirektor Richter weist darauf hin, dass bei der Aufstellung der Tagespflegeplätze mit Stand November 2009 die Stadt Erkrath noch fehlt.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 14:	Jungenförderung im Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 50/033/2009
---------------------	--

Herr Ockel nimmt für seine Fraktion die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis, ist aber an Informationen über die weitere Entwicklung interessiert.

Herr Schnitzler weist nochmals darauf hin, dass nach Auffassung der Städte die Zuständigkeit für die Jungenförderung dort liege, eine Förderung derzeit aber aus finanziellen Aspekten auch kaum möglich sein wird. Eine Übernahme von Zuständigkeiten durch den Kreis wird aber auch wie vor von den Städten abgelehnt.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 15:	Nachträge
---------------------	------------------

Herr Kreisdirektor Richter teilt die Terminplanung für den Sozialausschuss für das Jahr 2010 mit:

Montag, 22.02.2010 – Haushaltsberatungen

Montag, 17.05.2010

Donnerstag, 02.09.2010 und

Donnerstag, 25.11.2010.

Ob darüber hinaus noch weitere Termine anberaumt werden müssen (Neuorganisation ARGE!), steht zurzeit noch nicht fest.

Der Vorsitzende, Herr Pätzold, erläutert die neue Sitzordnung des Sozialausschusses. Ihr liegt eine Einigung zugrunde, dass die Sitzordnung der Fraktionen aus dem Kreisausschuss übernommen wurde.

Auf Bitten des Vorsitzenden stellt der Kreissozialamtsleiter, Herr Krause, die anwesenden Vertreter der Verwaltung namentlich mit ihren Funktionen vor.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Besucher, den Raum zu verlassen.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 17:48 Uhr

gez.
Michael Pätzold

gez.
Ulrike Gansauer